

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Hans Jürgen Fahn FW**
vom 10.02.2010

Welchen Beitrag leistet der Freistaat zum Klimaschutz am Bayerischen Untermain?

Nachdem der Bayerische Landtag den Antrag der Fraktion der Freien Wähler auf Vorlage eines jährlichen Klimaschutzberichts abgelehnt hat, erbitte ich nun in einem ersten Schritt Auskunft zu den Klima- bzw. Umweltschutzmaßnahmen des Freistaates in seinen Einrichtungen am Bayerischen Untermain.

1. Wie viel CO₂ wurde in den Jahren 1990–2009 von Einrichtungen des Freistaates (Behörden und Schulen, landeseigenen Immobilien und Unternehmen, usw.) in den Landkreisen Miltenberg, Aschaffenburg und der Stadt Aschaffenburg ausgestoßen?
2. Gibt es entsprechende Zahlen für den Gesamtausstoß von CO₂ in den drei Gebietskörperschaften in den Jahren 1990–2009? Wenn ja, wie lauten die entsprechenden Zahlen?
3. Welche Maßnahmen zur CO₂-Minderung sind seit 2005 umgesetzt worden bzw. sind für die Zeit bis Ende 2010 in Planung?
 - im Bereich des Fuhrparks
 - im Bereich der energetischen Sanierung
4. Welche Anlagen zur Erzeugung der Windenergie existieren in den drei Gebietskörperschaften und welche Projekte sind derzeit konkret in der Planung?
5. Welche Maßnahmen bzw. Projekte sind in den letzten 10 Jahren zur Nutzung der regenerativen Energien durchgeführt worden und wie viel CO₂ konnte dadurch eingespart werden?
6. Welche Maßnahmen wurden in den letzten 10 Jahren in den entsprechenden Einrichtungen und Immobilien des Freistaates ergriffen, um den Wasserverbrauch zu reduzieren?

7. Bezogen auf sämtliche Einrichtungen und Immobilien des Freistaates Bayern frage ich:
 - In welchem Umfang wurde der Fuhrpark des Freistaates auf spritsparende Fahrzeuge am Bayerischen Untermain umgestellt?
 - Wie groß ist der Anteil regenerativer Energieträger zum Heizen der Immobilien des Freistaates?
 - In welchem Umfang werden Geothermie, Photovoltaik und Biogas im Bereich der Einrichtungen des Freistaates eingesetzt?

Antwort

des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit
vom 24.03.2010

Die Schriftliche Anfrage beantworte ich im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und dem Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wie folgt:

Zu 1.:

Mit der systematischen Erfassung des Energieverbrauchs der staatlichen Gebäude in Bayern wurde Mitte der 80er-Jahre begonnen.

Eine Auswertung auf Landkreisebene liegt nicht vor.

Zu 2.:

Eine Erhebung von Emissionsdaten auf Landkreisebene wird unter Abwägung von Aufwand und Nutzen nicht durchgeführt.

Zu 3.:

Angaben zum CO₂-Ausstoß im Fahrzeugbestand werden auf Landkreisebene nicht erhoben.

Nach den einschlägigen Haushaltsrichtlinien des StMF dürfen im Rahmen der vorgegebenen Richtpreise nur schadstoffarme Fahrzeuge mit möglichst geringem CO₂-Ausstoß beschafft werden. Dieselfahrzeuge sollten zudem auch für den Betrieb von biogenen Treibstoffen geeignet sein.

Im Rahmen der EU-weiten Ausschreibung von Dienstfahrzeugen für die bayerische Polizei werden der Kraftstoffverbrauch und der CO₂-Ausstoß eines angebotenen Fahrzeugs abgefragt und fließen in die Gesamtbewertung mit ein.

Bei den staatlichen Baumaßnahmen sind viele Sanierungen von Bestandsgebäuden und Bauunterhaltsmaßnahmen enthalten, in deren Zuge auch eine energetische Verbesserung der Gebäude erfolgt.

Im Rahmen des regulären Bauvolumens wird dem Klimaschutz darüber hinaus auch durch den Einsatz erneuerbarer Energien bei staatlichen Maßnahmen (gemäß Beschluss des Landtags vom 11.10.1995) Rechnung getragen.

Das Klimaprogramm Bayern 2020 sieht für das Sonderprogramm „Energetische Sanierung staatlicher Gebäude“ insgesamt 150 Mio. Euro vor, die in den Jahren 2008 bis 2011 zusätzlich für die energetische Ertüchtigung des staatlichen Gebäudebestandes investiert werden sollen.

Mittlerweile sind bereits rund 330 Maßnahmen mit unterschiedlichem Ausmaß zur Verbesserung der energetischen Qualität von Gebäuden oder zur Umstellung auf regenerative Energien im Programm freigegeben worden.

Im Zuständigkeitsbereich des Staatlichen Bauamtes Aschaffenburg, welches das Gebiet Bayerischer Untermain betreut, wurden aus diesem Programm 5 Maßnahmen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von insgesamt rund 190.000 Euro ausgewählt. Die Maßnahmen in diesem Bereich weisen eine sehr hohe Effizienz auf, sodass bei den relativ geringen Investitionskosten eine jährliche CO₂-Einsparung von rund 70 Tonnen und über die jeweilige Lebensdauer der Bauteile gerechnet eine Gesamteinsparung von rund 2.200 Tonnen prognostiziert ist. Dabei müssen pro eingespartes Kilogramm CO₂ im Schnitt nur 7 Cent investiert werden.

Auch bei dem Beteiligungsunternehmen **Bayernhafen GmbH & Co. KG** (Standort Aschaffenburg) sind im Bereich der energetischen Sanierung von Gebäuden seit 2005 verschiedene Maßnahmen umgesetzt worden (z. B. Hafenbahnhofstraße 25, 27: Erneuerung der Fenster- und Dachdämmung in 2008). Zudem ist seit 2006 der Fuhrpark (auf Basis von 1-Jahres-Leasing-Verträgen) auf jeweils neueste Motorentechnik umgestellt worden.

Zu 4.:

Eine auf den Landkreis bezogene Auswertung zu dieser Frage liegt nicht vor.

Zu 5.:

Eine auf den Landkreis bezogene Auswertung zu dieser Frage liegt nicht vor.

Zu 6.:

Bei Immobilien des Freistaates sind grundsätzlich wassersparende Armaturen vorgesehen. Darüber hinaus kommen da, wo wirtschaftlich sinnvoll, Regenwassernutzungsanlagen zum Einsatz.

Bei dem Beteiligungsunternehmen **Bayernhafen GmbH & Co. KG** (Standort Aschaffenburg) konnten die Wasserverluste im hafeneigenen Wasserversorgungsnetz von ca. 20 % im Jahr 2001 auf aktuell ca. 2 bis 3 % gesenkt werden.

Bei dem Beteiligungsunternehmen **Kahlgrund-Verkehr-GmbH** wurden 1998 und 2003 zwei Regenwasserzisternen gebaut.

Zu 7.:

Wie bereits in der Antwort zu Frage 3 ausgeführt, dürfen nach den einschlägigen Haushaltsrichtlinien des StMF im Rahmen der vorgegebenen Richtpreise nur schadstoffarme Fahrzeuge mit möglichst geringem CO₂-Ausstoß beschafft werden. Dieselfahrzeuge sollten zudem auch für den Betrieb von biogenen Treibstoffen geeignet sein. Auch die Fahrweise ist grundsätzlich auf einen niedrigen Kraftstoffverbrauch auszurichten. Im Übrigen ist auf einen zurückhaltenden und sparsamen Einsatz der Dienst-Pkw zu achten. Spezielle Erhebungen zum Bereich Untermain liegen nicht vor.

Als regenerative Energieträger kommen bei staatlichen Liegenschaften vor allem Holzheizungsanlagen zum Einsatz. Mit Stand 2005 waren in diesem Bereich 90 Anlagen mit über 6.000 kW Leistung installiert. Die damit verbundene CO₂-Einsparung beträgt überschlägig 3.300 t/Jahr. Ferner sind

- rund 150 solarthermische Anlagen mit einer CO₂-Einsparung von ca. 1.700 t/Jahr und
- ca. 117 Photovoltaik-Anlagen mit einer CO₂-Einsparung von ca. 378 t/Jahr sowie
- zur effizienten Erzeugung von Strom und Wärme 17 Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen mit einem Energieertrag von rund 500.000 MWh/Jahr installiert.

Geothermische Anlagen bei staatlichen Liegenschaften nutzen oberflächennahe Wärmeschichten, die mittels Wärmepumpen auf ein nutzbares Temperaturniveau gehoben werden. Beispielhaft kann auf das Museum „Sammlung Brandhorst“ verwiesen werden, welches vollständig über diese Technik mit Wärme versorgt wird.

In staatlichen Liegenschaften sind bisher zwei Biogasanlagen in Betrieb: Justizvollzugsanstalt Bernau (Oberbayern) und Staatsgut Schwarzenau (Unterfranken).

Auf der Grundlage des Landtagsbeschlusses vom 11.10.1995 „Umsetzung der energiepolitischen Ziele“ (Drs. 13/2835) wird bei jeder Baumaßnahme auch die mögliche Installation von Photovoltaikanlagen geprüft. So wurde beispielsweise eine Photovoltaikanlage auf den Gebäuden der Straßenmeisterei Ochsenfurt errichtet. Die Dachflächen der Straßenmeistereigebäude wurden der ISE Solarstrom GbR zur Nutzung als Photovoltaikstandort durch einen Gestattungsvertrag überlassen. Insgesamt hat die Photovoltaikanlage eine Größe von ca. 1.400 m². Die Leistung liegt bei 146,1 kWp.

Ergänzend wird mitgeteilt, dass im Bereich des Staatsbades Bad Bocklet sämtliche staatlichen Gebäude im engeren Kurbereich (Contractingvertrag) sowie zwei in der Nähe

gelegene Privatsanatorien mit Wärme versorgt werden, die – außer in Störungsfällen – ausschließlich aus Biogas erzeugt wird. Für die Biogasanlage wurde ein Investitionsvolumen von ca. 3 Mio. Euro aufgewendet. Damit können über 1.000 Haushalte ihren jährlichen Strombedarf aus regenerativer Energie decken. Gleichzeitig werden ca. 2.500 Megawattstunden Wärme für Beheizung der Kuranlagen Bad Bocklet, von Hotels und möglicher privater Wärmekunden produziert.

Des Weiteren verpachtet die Immobilien Freistaat Bayern bayernweit geeignete Dachflächen staatlicher Liegenschaften zur Nutzung durch Photovoltaikanlagen. Zudem werden bayernweit Flächen für die Realisierung von Geothermieprojekten vermietet bzw. verkauft. Hierbei sind unter anderem die bereits seit 2005 realisierte Geothermieranlage in Pullach und eine geplante Anlage in Garching b. München zu nennen.